

15. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Münster, 24./25. Juni 2000

Beschluß "Gleiche Rechte für Schwule und Lesben"

Der Juni ist der Monat des schwul-lesbischen Stolzes. In Berlin und Köln, Oldenburg und Lindau und in vielen anderen Städten feiern Lesben und Schwule voller Selbstbewußtsein und demonstrieren für gleiche Rechte.

Wir grüßen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des CSD. Ihr schafft mit Euren Paraden eine gelungene Mischung aus Fun und Forderungen. Ihr habt damit die Demonstrationskultur in Deutschland kräftig belebt.

Wir stehen in Eurem Kampf um Gleichberechtigung auf eurer Seite! Wir wünschen der schwul-lesbischen Bürgerrechtsbewegung viel Kraft und Erfolg.

Einer demokratischen Gesellschaft ist es nicht zuträglich, wenn einem Teil der Bürgerinnen und Bürger Rechte vorenthalten bleiben. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen seit der Gründung der Partei ein Herzstück unserer Bürgerrechtspolitik. Wir stellen uns gegen jede Form der Ungleichbehandlung und Diskriminierung.

Durch die grüne Regierungsbeteiligung konnten wir bereits einiges in Sachen Antidiskriminierung auf den Weg bringen: Rot-Grün hat die Rehabilitierung der Opfer des § 175 in Angriff genommen. Die Diskriminierungspolitik gegenüber Homosexuellen in der Bundeswehr wurde abgestellt. Es liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Gleichstellung im Mietrecht bringt. Im Auswärtigen Amt hat Joschka Fischer per Erlass dafür gesorgt, dass gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften der Beschäftigten offiziell anerkannt werden. Ebenso hat er die Einreise ausländischer Lebenspartner erleichtert. Mit Andrea Fischer als Gesundheitsministerin wurde der AIDS-Aufklärungsetat erstmals seit vielen Jahren wieder erhöht.

Heute hat sich in Berlin die Arbeitsgemeinschaft der Koalitionsfraktionen auf einen Gesetzesentwurf verständigt.

Dieser Entwurf trägt in wesentlichen Fragen eine deutliche Grüne Handschrift.

Er ist ein großer Erfolg grüner Bürgerrechtspolitik.

Damit sind wir der Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen einen Riesenschritt näher gekommen.

Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt das Verhandlungsergebnis und drängt auf seine rasche Umsetzung!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Pluralismus der Lebensformen. Der Schutz der Familie muss angesichts der gewandelten Lebensrealitäten auch eine Anerkennung der Vielfalt der Gemeinschaften einschließen, in denen Verantwortung füreinander gelebt wird. Nach Fertigstellung des Gesetzes über Lebenspartnerschaften wird es darum gehen, auch nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu ihrem Recht zu verhelfen.

Als weiteres großes Reformprojekt wollen wir ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen. Dieses Gesetz soll benachteiligten Minderheiten wie Lesben und Schwulen, Migrantinnen und Migranten oder Behinderten wirksame Mittel in die Hand geben, sich gegen Anfeindungen und Diskriminierungen zu wehren. Für Schwule und Lesben zählt dazu beispielsweise ein Diskriminierungsverbot für die Arbeitswelt.

Auf Europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass in die Europäische Grundrechtscharta ein umfassendes Diskriminierungsverbot aufgenommen wird.

Eine solche Grundrechtscharta wird uns in Deutschland Rückenwind geben für das alte Anliegen, den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes endlich um das Kriterium der "sexuellen Identität" zu erweitern.

Allen beim CSD wünschen wir viel Spaß beim Feiern und viel Erfolg beim Demonstrieren.